

INFORMATION

zur Pressekonferenz

am 13. Juli 2020

mit

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

Mag.^a Eva Schuh, Geschäftsführerin Gewaltschutzzentrum OÖ

Sonja Ablinger, Vorstandsvorsitzende Gewaltschutzzentrum OÖ

zum Thema

**Gewaltschutzzentrum OÖ - Bilanz 2019
und aktuelle Herausforderungen in Corona-Zeiten**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Jede fünfte Frau ist laut einer Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Zwei von drei Übergriffen passieren in der eigenen Familie oder im engsten sozialen Umfeld. Obwohl das Thema mittlerweile verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt ist, bleibt Gewalt gegen Frauen und Kinder auch in Oberösterreich traurige Realität. „Die Zahl der akut gewaltbetroffenen Frauen ist leider konstant hoch. Die meisten Übergriffe passieren zuhause und wenn die Opfer nicht von sich aus Hilfe suchen, bleiben sie oft lange Zeit unbemerkt. Gewalt zieht sich quer durch alle gesellschaftlichen Schichten, allerdings verzeichnen die Frauenhäuser schon einen deutlichen Anstieg bei Klientinnen mit Migrationshintergrund. Diese Frauen sind oft finanziell abhängig vom Partner und haben weder Freunde noch Familie, wo sie Schutz suchen können. Steigend ist leider auch die Intensität der Gewalt, fast alle Frauen in den Frauenhäusern zählen mittlerweile zur Hochrisikogruppe“, sagt Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Um diese Gewalt gegen Frauen und Kinder zu stoppen, braucht es neben individueller Unterstützung der Betroffenen auch gesamtgesellschaftliche und präventive Maßnahmen. Das Sozialressort des Landes finanziert fünf eigenständige Frauenhäuser in Oberösterreich, sechs Übergangswohnangebote für Frauen, die nicht akut von Gewalt betroffen sind, aber aus einer belastenden häuslichen Beziehung flüchten müssen. Für das Jahr 2020 sind im Budget des Sozialressorts rund 2,8 Millionen Euro für den Betrieb und Erhalt dieser Einrichtungen vorgesehen. Seit 2017 ist das Sozial-Ressort auch für das Gewaltschutzzentrum zuständig, das mit regionalen Außenstellen und Sprechstunden in den Bezirken ein flächendeckendes Angebot der Beratung und Unterstützung bei Gewalt, Stalking und Prozessbegleitung in Strafverfahren bietet. Seit vergangenen Herbst werden auch Schulworkshops zur Gewaltprävention in ganz Oberösterreich finanziert.

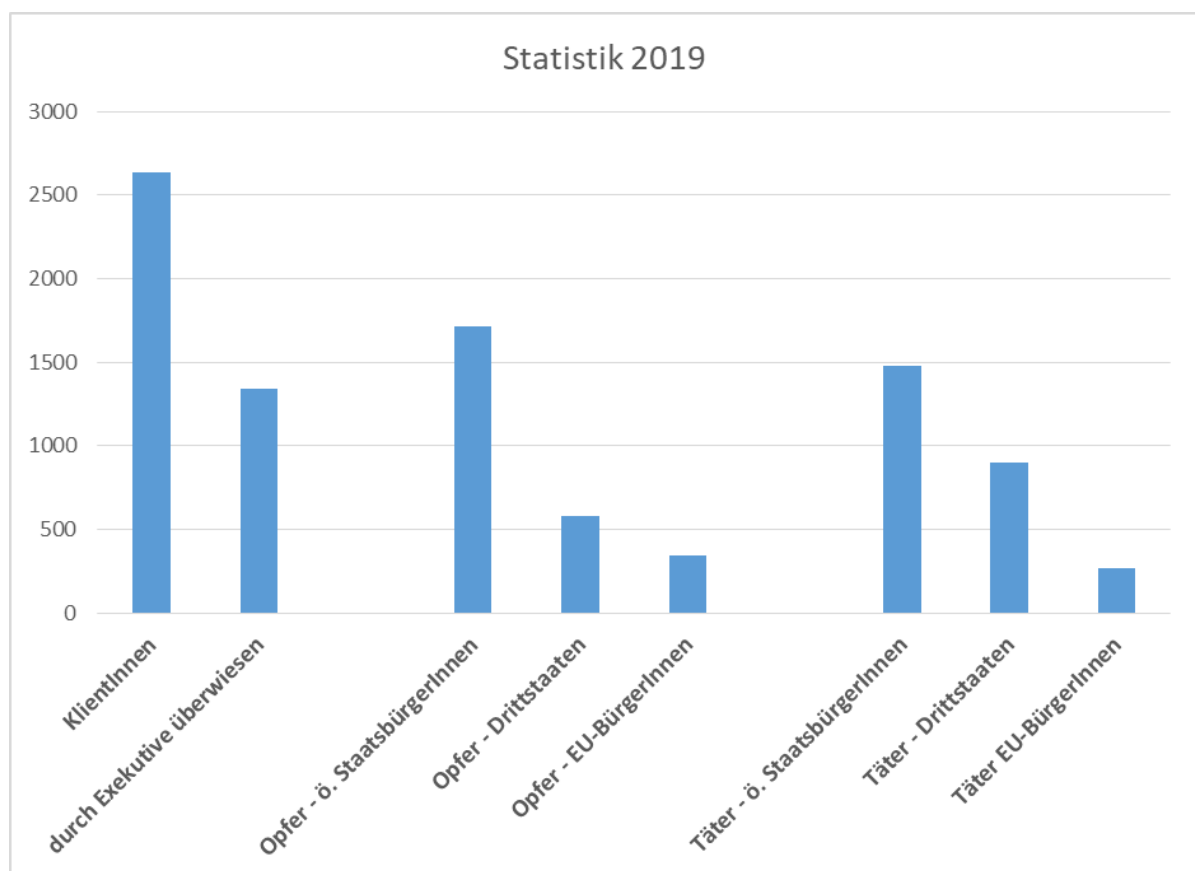
Angebot des Gewaltschutzzentrums OÖ

Das Gewaltschutzzentrum OÖ berät und unterstützt Menschen die in der Familie oder im sozialen Umfeld von Gewalt betroffen sind sowie Stalking-Opfer. Es bietet Hilfestellung zur Erhöhung der Sicherheit, informiert bei Betretungsverboten, einstweiligen Verfügungen und

bietet Prozessbegleitung in Straf- und Zivilverfahren an. Weitere Aufgaben sind Gewaltprävention im Rahmen von Schulungen, Kooperations- und Vernetzungsarbeit.

Statistik:

Im Jahr 2019 hatte das Gewaltschutzzentrum OÖ insgesamt 2.637 Klient/innen. Davon wurden 1.340 Klient/innen durch die Exekutive aufgrund eines Betretungsverbotes überwiesen. Die Klient/innenzahl ist im Vergleich zum Jahr 2018 um sieben Prozent angestiegen, bei den Betretungsverboten ergab sich ein Anstieg von 14 Prozent. 83 Prozent der Opfer waren Frauen und diese wiederum zu 96 Prozent der Gewalt von Männern ausgesetzt. Männliche Opfer waren zu 70 Prozent ebenso Opfer von männlicher Gewalt. 65 Prozent der Opfer waren österreichische Staatsbürger/innen, 22 Prozent Drittstaatsangehörige und 13 Prozent EU-Bürger/innen. Bei den Täter/innen waren 56 Prozent österreichische Staatsbürger/innen, 34 Prozent Drittstaatsangehörige und zehn Prozent EU-Bürger/innen.



Anstieg häuslicher Gewalt durch Corona:

Aufgrund der Covid-19-Maßnahmen ab Mitte März 2020, musste sehr viel Zeit gemeinsam in den eigenen vier Wänden verbracht werden. Gerade für Frauen, die bereits vorher in einer problematischen Beziehung gelebt haben, hat sich dadurch die Gefahr, Opfer physischer oder psychischer Gewalt zu werden, zusätzlich erhöht. Finanzielle Sorgen, Angst um den Arbeitsplatz, geschlossene Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen haben den Druck auf die Familien zum Teil verstärkt und bereits angespannte Situationen verschärft. „Wir haben einen Anstieg häuslicher Gewalt während der Corona-Krise befürchtet und daher rasch entsprechende Vorkehrungen getroffen. Bereits zu Beginn der Krise, habe ich beispielsweise zusätzliche Frauenhausplätze zur Verfügung gestellt. Leider haben sich unsere Befürchtungen bestätigt, die fünf Frauenhäuser in Oberösterreich sind derzeit zu 100 Prozent ausgelastet. Die zusätzlichen Plätze werden wir wohl über den September hinaus brauchen“, sagt Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Bei den durch die Polizei verhängten Betretungsverboten ist es im Vergleich zum Vorjahr zu einem deutlichen Anstieg gekommen. Allerdings können die Zahlen nicht direkt mit jenen des Vorjahres verglichen werden, da sich mit 1. Jänner 2020 deren Zählweise geändert hat. Bisher wurde bei jedem Einsatz ein Betretungsverbot ausgesprochen, seit 2020 wird ein Betretungsverbot pro gefährdete Person ausgesprochen. Um es vergleichbar zu machen, sprechen wir daher von polizeilichen Einsätzen. Beispiel: Bedroht der Täter seine Frau und zwei Kinder, werden drei Betretungsverbote gegen ihn ausgesprochen. Dies wird als ein polizeilicher Einsatz gezählt.

Nur in den ersten beiden Wochen der Ausgangsbeschränkungen waren die Zahlen vergleichbar mit jenen des Vorjahres - dann sind sie angestiegen. In der Zeit des kompletten Lockdowns – vom 15. März bis zum 3. Mai - ist die Anzahl der polizeilichen Einsätze im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent gestiegen. Bis 30. Juni waren es 472 Einsätze, somit um 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Klientinnen insgesamt hat sich bis 30. Juni um 14 Prozent erhöht.

Grund für den massiven Anstieg bei den Betretungsverboten war, dass viele betroffene Frauen Angst hatten zu telefonieren, um sich Rat zu suchen, weil die Täter die ganze Zeit zuhause anwesend waren. Normalerweise flüchten die Betroffenen zuerst zu Nachbarn oder Freunden und kontaktieren die Opferschutzeinrichtungen, bevor sie die Polizei rufen, auch diese Fluchtmöglichkeit war de facto nicht mehr gegeben. Dazu kamen weitere Unsicherheiten: Was passiert, wenn ich jetzt die Polizei rufe? Wohin kommt im Falle einer Wegweisung der Täter? Muss ich im Frauenhaus in Quarantäne?

„Große Sorge bereitet uns auch, dass vielfach die Frauen wieder in ihre alten traditionellen Rollenbilder zurückgedrängt werden. Neben der Arbeit sind es fast immer die Mütter, die alleine für das Unterrichten der Kinder zuständig sind. Besorgniserregend ist auch, dass das Gewaltschutzzentrum OÖ im Corona-Zeitraum 64 Fälle zugewiesen bekam, wo ein Elternteil gegen ein Kind vorgegangen ist - im Vergleichszeitraum 2019 waren es nur 26 Meldungen“, so Eva Schuh.

Projekt PERSPEKTIVE:ARBEIT:

Das Projekt unterstützt gewaltbetroffene Frauen beim (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt bzw. beim Joberhalt. Denn wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine der essentiellen Voraussetzungen, um sich aus der Gewaltbeziehung lösen zu können. Gewaltbetroffene Frauen benötigen oft aufgrund ihrer Multiproblemlagen - gesundheitlicher Probleme, Alleinerzieherinnen, kein existenzsicherndes Einkommen, ungewisse Wohnsituation, niedrige/keine Berufsausbildung - vermehrt Unterstützung bei der Arbeitssuche. Nachdem PERSPEKTIVE:ARBEIT die vergangenen 14 Monate vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz finanziert worden ist, übernahm ab Februar 2020 das AMS OÖ die Förderung.

Insgesamt konnten bisher 134 Frauen beraten werden, 37 Frauen davon in Beschäftigung vermittelt werden, 41 Frauen starteten Ausbildungen und bei 14 Frauen konnte der Arbeitsplatz erhalten werden.

Weitere Informationen zum Gewaltschutzzentrum OÖ finden sie unter www.gewaltschutzzentrum.at/ooe.